KANTON
LUZERN

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom	7. September 2026
Kantonsratspräsidentin	Lüthold Angela

Petition über zwei Spezialwochen zum Thema Erwachsenwerden an der Sekundar- und an der Kantonsschule / Staatskanzlei

Für die Kommission Erziehung, Bildung und Kultur (EBKK) spricht Kommissionspräsidentin Karin Andrea Stadelmann.

Karin Andrea Stadelmann: Zunächst möchte ich dem Jugendparlament im Namen der Kommission und den beiden Vertretenden Julia Arnold und Jasmin Wicki ganz herzlich danken. Sie haben ihr Anliegen vor den Sommerferien sehr professionell und sehr gut bei uns in der Kommission platziert. Wir haben darüber differenziert und überzeugend diskutiert. Es ist erfreulich zu sehen, wie sich junge Menschen mit politischen Fragestellungen auseinandersetzen und ihre Anliegen mit sehr klaren Worten in der Kommission wie auch im Jugendparlament vertreten. Glauben Sie mir, es gibt gute, ja sehr gute, und es gibt weniger gute Traktanden in Kommissionssitzungen, das kennen wir wohl alle. Aber das Traktandum aus dem Jugendparlament gehörte letztes Jahr für uns alle wohl zu einem Highlight. Die Kommission hat die Petition am 17. April 2026 ausführlich beraten. Dabei wurde deutlich, dass sie ein wichtiges und aktuelles Thema aufgreift, nämlich die Vorbereitung junger Menschen auf das Erwachsenenleben und insbesondere den kompetenten Umgang mit Geld und Finanzen. Die Kommission teilt die Einschätzung des Jugendparlaments, dass finanzielle Grundkompetenzen für junge Menschen von grosser Bedeutung sind. Wer lernt, ein Budget zu erstellen, Verträge zu verstehen, eine Steuererklärung auszuführen oder das Risiko einer Verschuldung frühzeitig zu erkennen, erhält wichtiges Rüstzeug, auch um ein selbständiges Leben in Angriff zu nehmen. Besonders überzeugt hat die Kommission auch der Hinweis auf die Prävention von Schulden sowie auf bestehende Unterschiede beim Zugang zu Finanzwissen. Diese Unterschiede sind nicht nur schulisch bedingt, sondern werden auch durch das Elternhaus und das soziale Umfeld geprägt. Gerade deshalb kommt der Schule natürlich eine wichtige Rolle im Bereich der Chancengleichheit zu. Die Kommission hat zudem diskutiert, dass die Finanzkompetenzen nicht ausschliesslich im Schulzimmer erworben werden. Studien und Erfahrungen aus der Schweiz zeigen beispielsweise, dass Modelle wie der Jugendlohn dazu beitragen, dass Jugendliche früh Verantwortung für ihr eigenes Budget übernehmen und den Umgang mit Geld im Alltag lernen. Die Kommission ist nach eingehender Beratung jedoch einstimmig zum Schluss gekommen, dass die geforderten obligatorischen Spezialwochen nicht der richtige Weg sind. Erstens sind die angesprochenen Wochen bereits heute Bestandteil der Lehrpläne auf der Sekundarstufe I und II, wenngleich nicht in der Form von Spezialwochen. Die Herausforderung liegt aus Sicht der Kommission deshalb weniger in den fehlenden Vorgaben als vielmehr in der Konsequenz und

lebensnahen Umsetzung dieser Inhalte. Die Schulen sind hier unterschiedlich unterwegs und genau dort besteht doch Potenzial. Das möchte die Kommission anerkennen. Zweitens ist der Lehrplan bereits heute sehr dicht. Zusätzliche obligatorische Spezialwochen würden neue zeitliche Gefässe schaffen, ohne dass geklärt ist, auf Kosten welcher anderer Inhalte dies erfolgen soll. Diese Frage ist der EBKK nicht neu. Sie sorgt immer wieder dafür, dass wir versuchen, zwischen Anliegen, Umsetzung und Machbarkeit in den Schulen abzuwägen. Weitere Themen wie Gesundheit, psychische Gesundheit, Nothelferkurse oder auch andere gesellschaftlich relevante Themen sorgen immer wieder dafür, dass wir uns überlegen, ob man den Lehrplan anpassen soll oder nicht. Die Realität ist einfach so, dass die Zahl der Lektionen begrenzt ist. Drittens bleibt die Frage der konkreten Ausgestaltung, der Finanzierung und der Einbettung in die bestehenden Strukturen offen. Die Kommission ist der Ansicht, dass die Schulen und die Fachpersonen heute genügend Spielraum haben, um geeignete und jeweils auf die Bedürfnisse abgestimmte Formen der Vermittlung zu wählen und diese auch umzusetzen. Bereits heute gibt es einen Jugendlohn und zahlreiche Informationsveranstaltungen. Es gilt, diese Papers und diese Dinge in den Schulunterricht zu integrieren. Zudem bestehen heute bereits Angebote wie «Financemission», «Monneyfit» oder die Postfinance und das Beispiel von Pro Juventute. Alle diese Angebote befassen sich mit der Schuldenprävention und stehen den Schulen mit zahlreichen erprobten Instrumenten zur Verfügung. Sie können auch einfach eingeladen werden, aber die Schulen sind für die Umsetzung verantwortlich, und hier kann man vielleicht noch ein bisschen genauer hinschauen. Die Kommission anerkennt deshalb die Bedeutung des Anliegens ausdrücklich. Sie ist aber der Auffassung, dass der grössere Hebel in einer konsequenten Umsetzung der bereits bestehenden Lehrplaninhalte liegt und nicht in der Schaffung von zwei verpflichtenden Spezialwochen. Zudem liegt mit einem hängigen Postulat von Milena Bühler bereits ein Vorstoss vor, der die Vermittlung von praktischem Finanzwissen auf der Sekundarstufe I und II überprüfen lässt. Genau dort warten wir die Antwort des Regierungsrates ab und möchten die Diskussion erneut auf uns zukommen lassen. Die Kommission beantragt Ihnen, die Petition zur Kenntnis zu nehmen. Abschliessend möchte ich noch einmal den Mitgliedern der Kommission, aber auch den beiden jungen Menschen aus dem Jugendparlament herzlich für die Vorstellung danken.

Für die SVP-Fraktion spricht Stephan Dahinden.

Stephan Dahinden: Die SVP-Fraktion erachtet die Stärkung der finanziellen Bildung sowie die Vorbereitung auf das Erwachsenenleben als wichtiges Anliegen. Das im Rahmen der Jugendsession erarbeitete Postulat zeigt deutlich, dass sich viele Jugendliche praxisnahes Wissen zum Thema Budgetierung, Steuern, Versicherungen oder Schuldenprävention wünschen. Dieses Bedürfnis nehmen wir ernst. Die Einführung von zwei obligatorischen Spezialwochen halten wir jedoch für den falschen Weg. Die entsprechenden Inhalte sind bereits heute im Lehrplan 21 verankert. Entscheidend ist deshalb nicht die Schaffung eines neuen Gefässes, sondern eine verbindlichere und praxisnahere Vermittlung des Lehrplans 21. Gleichzeitig sollen die Lehrpersonen den notwendigen Freiraum erhalten, um das Thema flexibel und bedarfsgerecht in den Unterricht einzubringen. Für die SVP-Fraktion ist klar, dass Handlungsbedarf besteht, die notwendigen Grundlagen sind jedoch bereits vorhanden. Der Stundenplan ist heute schon stark ausgelastet. Für zwei zusätzliche obligatorische Spezialwochen fehlt schlicht die Zeit. Einsparungen bei den Grundkompetenzen kommen für uns nicht infrage. Aus diesen Gründen können wir die Forderungen nach den zwei verpflichtenden Spezialwochen nicht unterstützen. Stattdessen sollen die bestehenden Strukturen gezielt gestärkt und die vorhandenen Möglichkeiten konsequent genutzt werden. Die SVP-Fraktion beantragt daher, die vorliegende Petition zur Kenntnis zu nehmen.

Für die Mitte-Fraktion spricht Gabriela Schnider-Schnider.

Gabriela Schnider-Schnider: Die Petition aus dem Jugendparlament trifft einen wichtigen Nerv. Sie greift die Frage auf, wie gut unsere Jugendlichen auf das Leben nach der Schule vorbereitet sind. Die Mitte-Fraktion ist mit den Petitionärinnen und Petitionären einig: Junge Menschen sollen gut gerüstet ins Erwachsenenleben starten können – und dazu gehört auch der kompetente Umgang mit den eigenen Finanzen. Die Initiantinnen und Initianten haben ihr Anliegen in der Fachkommission EBKK überzeugend vorgetragen. Dafür gebührt ihnen Anerkennung. Es ist erfreulich, mit welchem Engagement sich junge Menschen aktiv in den politischen Prozess einbringen und konkrete Verbesserungen anstossen wollen. Gleichzeitig müssen wir aber sorgfältig abwägen, welches Instrument wirklich zielführend ist. Die vorgeschlagenen zwei obligatorischen Spezialwochen versprechen auf den ersten Blick eine einfache und sichtbare Lösung. Sie bedeuten aber auch einen zusätzlichen strukturellen Eingriff in ein bereits dichtes Schulgefüge. Die Mitte ist überzeugt, dass wir besser dort ansetzen, wo bereits Inhalte vorhanden sind. Finanzielle Bildung ist im Lehrplan nämlich bereits verankert. Entscheidend ist deshalb nicht das Ob, sondern das Wie, nämlich wie verbindlich und wie praxisnah die Gestaltung und Umsetzung im Unterricht erfolgt. In diesem Zusammenhang verweise ich auf das hängige Postulat von Milena Bühler. Es verlangt eine vertiefte Prüfung, wie die Vermittlung von praktischem Finanzwissen innerhalb der bestehenden Unterrichtsstrukturen wirksam gestärkt werden kann. Die Mitte-Fraktion unterstützt diesen Ansatz ausdrücklich. Er ist pragmatisch, zielgerichtet und trägt sowohl der Bedeutung des Anliegens als auch den Realitäten des Schulbetriebs Rechnung. Ein weiterer wichtiger Punkt sei hier noch erwähnt: Bildung im Umgang mit Geld beginnt nicht erst in der Schule. Das Elternhaus trägt hier eine wichtige Mitverantwortung. So kann ein früher Umgang einfach und praktisch mit einem angemessenen Taschengeld geübt werden. Die Mitte-Fraktion unterstützt den Bericht, wie er aus der EBKK hervorgegangen ist.

Für die FDP-Fraktion spricht Ramona Gut-Rogger.

Ramona Gut-Rogger: Die FDP setzt sich für eine ganzheitliche Bildung der Kinder und Jugendlichen ein. Dabei erwarten wir, dass die Lehrpersonen die Vorgaben des Lehrplans umsetzen und auch die Eltern ihre Verantwortung wahrnehmen. Nur so können die Kinder ganzheitlich und umfassend auf ein eigenverantwortliches, selbstbestimmtes Leben vorbereitet werden. Wir danken dem Jugendparlament für sein politisches Engagement, die Zukunft unseres Kantons aktiv mitzugestalten.

Für die SP-Fraktion spricht Elin Elmiger.

Elin Elmiger: Die Jugendlichen haben an der Jugendsession unter anderem die Herausforderungen des Erwachsenenwerdens diskutiert. Sie fühlen sich nicht ausreichend auf die Lebensphase vorbereitet. Es fehlt ihnen insbesondere die Vorbereitung auf Themen wie Finanzen und Steuern. Finanzielle Themen kommen in den Lehrplänen zwar vor, werden aber aus Sicht der Jugendlichen zu wenig gewichtet. Dieses Anliegen müssen wir ernst nehmen. Die Petitionärinnen und Petitionäre betonen auch die Erhöhung der Chancengerechtigkeit, wenn finanzielle Themen in der Schule gestärkt werden und so weniger vom Elternhaus abhängig sind. Dieses Wissen kann auch auf den Umgang mit dem eigenen Geld vorbereiten und so vor Verschuldung schützen. Die Schuldenberatung zeigt, dass vor allem Personen unter 30 Jahren von Schulden betroffen sind. Ein weiterer Punkt ist, dass die Finanzen noch immer eher männlich konnotiert sind. Dem können wir mit einer allgemeinen Bildung etwas entgegenhalten und entgegenwirken. So kann auch ein Beitrag zur Prävention der Altersarmut gemacht werden. Mit der Petition werden zwei Spezialwochen zum Thema Erwachsenenwerden an der Sekundar- und an der Kantonsschule gefordert. Auf welche Kosten diese Spezialwochen gehen würden, ist in diesem Rahmen offen und müsste noch

diskutiert werden. Es ist aber ein guter, konkreter und auch durchdachter Vorschlag, der eine gute Diskussionsgrundlage bietet. Wie von meinen Vorrednerinnen bereits betont wurde, hat Milena Bühler einen Vorstoss dazu eingereicht, basierend auf der Jugendsession und vor allem auch basierend auf den Bedürfnissen der Jugendlichen. Wir freuen uns sehr auf diese Beratung. Dass Jugendliche eine bessere finanzielle Bildung fordern, ist für mich schon Grund genug, dieses Anliegen sehr ernst zu nehmen. Das Gefäss, das das Jugendparlament schafft, ist grossartig. Der Austausch mit den Jugendlichen ist aus Sicht der SP sehr wertvoll, gewinnbringend und auch immer wieder sehr lehrreich. Für dieses Engagement möchte ich mich im Namen der SP-Fraktion herzlich bedanken. Wir nehmen den Bericht im Sinn der EBKK zur Kenntnis.

Für die Grüne Fraktion spricht Irina Studhalter.

Irina Studhalter: Ich habe viele Gründe, warum ich die Anliegen der Jugendsession ernst nehme. Als Soziologin bin ich zum Beispiel überzeugt, dass Jugendliche die Alltagsexpertinnen und -experten sind, wenn es um ihr eigenes Leben geht. Hinzu kommt aber, dass ich das Anliegen auch ohne Überzeugungsarbeit unterstütze. Als Selbstbetroffene des Erwachsenwerdens kann ich das Anliegen aus eigener Erfahrung sehr gut nachvollziehen. Als Alumni dieser langen intensiven Lebensschule namens Jugend möchte ich anfügen, dass Erwachsenwerden durchaus noch ein paar zusätzliche Aspekte zur Finanzkompetenz hat. Das macht es natürlich nicht einfacher. Die fehlende Finanzkompetenz hat auch einen Aspekt der sozialen Ungleichheit. Wie das Armutsrisiko kann auch das vererbt werden. Jugendliche und junge Erwachsene landen in einer Abwärtsspirale, aus der sie mit sehr viel Bemühung nur schwer herauskommen. Ein Hebel, um eine solche Spirale auszubremsen, bevor sie zu drehen beginnt, ist, die Unterstützung in die öffentliche Schule zu geben. Denn es heisst nicht umsonst «Lebensschule». Wir Grünen unterstützen das Grundanliegen und offensichtlich ist es nicht genug, dass die Inhalte schon im Lehrplan enthalten sind, wenn wir die Äusserungen der Jugendsession ernst nehmen. Wir sehen auch die Schwierigkeit, dass es im Lehrplan praktisch keinen Spielraum mehr gibt. Diese Rückmeldung hat auch das Jugendparlament mehrmals erhalten. Viele der Grünen Fraktion haben das hängige Postulat P 699 von Milena Bühler für eine Stärkung der praktischen finanziellen Bildung unterstützt. Wir sind gespannt auf die Beantwortung und hoffen darauf, dass uns der Regierungsrat einen Hebel präsentiert, um genau diese Spirale zu bremsen, bevor sie zu drehen beginnt.

Für die GLP-Fraktion spricht Claudia Senn-Marty.

Claudia Senn-Marty: Das Jugendparlament stellt eine einfache, aber wichtige Frage: Wie werden junge Menschen eigentlich auf das Erwachsenenleben vorbereitet? Wer zum ersten Mal eine Steuererklärung ausfüllen und eine Krankenkasse auslesen muss oder plötzlich mit Mieten, Budgets und Versicherungen konfrontiert ist, merkt schnell, dass gute Schulnoten allein noch nicht ausreichen. Deshalb trifft diese Petition einen wunden Punkt. Die GLP-Fraktion teilt die Grundhaltung des Jugendparlaments. Junge Menschen sollen nicht nur Wissen erwerben, sondern auch Kompetenzen, die ihnen ermöglichen, ihr Leben selbstbestimmt und verantwortungsvoll zu gestalten. Finanzkompetenz, aber auch Konsumkompetenz und gesellschaftliche Teilhabe sind nicht Nebensächlichkeiten. Sie sind zentrale Voraussetzungen für Chancengerechtigkeit und Eigenverantwortung. Deshalb nehmen wir das Anliegen sehr ernst. Wir ziehen aber einen anderen Schluss aus der Petition. Aus unserer Sicht fehlt es nicht in erster Linie an Lehrplaninhalten, viel ist bereits vorhanden. Die entscheidende Frage lautet vielmehr, wie diese Inhalte vermittelt werden, damit sie bei den Jugendlichen tatsächlich ankommen und auch Wirkung erzielen. Die Antwort darauf sehen wir aber nicht mit zwei zusätzlichen obligatorischen Spezialwochen. Nicht jede Idee wird besser, wenn man sie zur Pflicht macht. Wir setzen auf einen anderen Weg, nämlich

mehr Praxisbezug, mehr Zusammenarbeit mit externen Fachpersonen, mehr innovative Projektformate und dort, wo nötig, gezielte Verbesserungen, insbesondere auf der Sekundarstufe II. Hier warten wir auf das Postulat von Milena Bühler und freuen uns auf die Ergebnisse. Wir wollen den Schulen den nötigen Handlungsspielraum lassen und zuerst neue Ansätze ausprobieren, bevor sie flächendeckend vorzuschreiben. Für uns ist deshalb nicht die Frage im Zentrum, ob wir die Alltagskompetenzen stärken wollen. Das wollen wir selbstverständlich. Die Frage ist, wie man das am wirksamsten macht. Deshalb unterstützen wir das Ziel der Petition klar, aber wir sind überzeugt, dass die Wirkung nicht durch zusätzliche Pflichtgefässe entsteht, sondern durch gute praxisnahe Bildung.

Sabine Heselhaus: Ich weiss nicht, ob Sie mitbekommen haben, dass vor ein paar Tagen eine Studie veröffentlicht wurde, dass immer mehr Schülerinnen und Schüler somatische Probleme haben, sprich Durchfall, Kopfschmerzen und damit zum Kinderarzt gehen. Im SRF-Bericht heisst es, dass eine gute Beziehung zu den Lehrpersonen auch ein Schutzfaktor sein kann. Es heisst, Kinder bräuchten Erwachsene, die hinschauen, zuhören und sie ernst nehmen. Wo dies gelinge, könne Schule Halt geben. Ich denke mir, dass wir diese Petition ernst nehmen und dieses präventive Anliegen umsetzen müssten.

Der Rat stimmt dem Antrag der EBKK, die Petition im Sinn ihres Berichtes zur Kenntnis zu nehmen, mit 101 zu 0 Stimmen zu.